

„Die hessische SPD dürfte nach 25 langen Jahren in der Opposition keinen allzu hohen Preis für zwei, drei Plätze am Kabinetttisch fordern.“



Schwarz-Rot in Hessen hätte eine Signalwirkung für potentielle CDU-Wähler

Eine Fortsetzung von Schwarz-Grün in Hessen könnte der CDU schaden. Stattdessen könnte Boris Rhein ein Bündnis mit der SPD eingehen. Denn die Union muss ihren Wählern klarmachen, dass eine Stimme für sie nicht automatisch grüne Minister ins Amt bringt.



„Rheins Andeutungen, er könne auch mit der SPD regieren, machten ihn und die CDU für Bürger wählbar, die nicht länger von der Ökopartei regiert werden wollen.“

Bei den Landtagswahlen am 8. Oktober haben die Wähler den in Berlin regierenden Ampel-Parteien ein denkbar schlechtes Zwischenzeugnis ausgestellt. In Hessen kamen SPD, Grüne und FDP zusammen gerade einmal auf knapp 34,9 Prozent, kaum mehr als der Wahlsieger CDU mit 34,7 Prozent. In Bayern wählte nur noch jeder Vierte eine der drei Ampel-Parteien. Deutlicher kann ein Misstrauensvotum nicht ausfallen.

Die Hessen und Bayern ticken keineswegs anders als die Bürger in den anderen 14 Bundesländern. Wenn jetzt Bundestagswahl wäre, würden nicht mehr als 34 bis 36 Prozent noch ihr Kreuz bei SPD, Grünen oder FDP machen. Von einer Mehrheit ist Rot-Grün-Gelb also weit entfernt, ebenso von ihren 52 Prozent bei der Bundestagswahl vor zwei Jahren. Das ist an sich nichts Außergewöhnliches. In der Regel stehen Regierungen in der Mitte ihrer Amtszeit in Umfragen nicht gut da. Denn keine Koalition kann halten, was die sie tragenden Parteien vor der Wahl versprochen hatten.

Gefangene der Merkel-Ära

Außergewöhnlich ist etwas anderes: Vom schlechten Meinungsklima für die Ampel profitiert nicht in erster Linie die oppositionelle CDU/CSU. Die meisten enttäuschten Wähler wenden sich stattdessen der AfD zu, wohl wissend, dass mit dieser teils rechtsextremen, teils völkischen Partei niemand koalieren wird. Wer AfD wählt, muss davon ausgehen, dass Deutschland von dieser Partei in ihrem derzeitigen Zustand definitiv nicht regiert werden wird.

Angesichts der Sorge der Menschen um ihre wirtschaftliche Zukunft und der anschwellenden Kritik an der ungebremsten Zuwanderung müsste die Union deutlich besser dastehen. Doch ist sie gerade bei dem für die politische Stimmung so wichtigen Immigrationsthema Gefangene der Merkel-Ära. Die Bürger haben eben nicht vergessen, dass es eine CDU-Kanzlerin war, die unter dem Motto „Wir schaffen das“ das Tor weit aufgemacht hat. Und die Partei ist ihr ergeben auf diesem Kurs gefolgt.